



Flucht

Gewalt vorbeugen,
Zusammenleben fördern,
Rückkehr erleichtern.

ÜBER DEN ZIVILEN FRIEDENSDIENST

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen. Er setzt sich für eine Welt ein, in der Konflikte ohne Gewalt geregelt werden. Neun deutsche Friedens- und Entwicklungsorganisationen führen den ZFD gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen durch. Der ZFD wird von der Bundesregierung gefördert. Fachkräfte des ZFD unterstützen Menschen vor Ort langfristig in ihrem Engagement für Dialog, Menschenrechte und Frieden. Aktuell arbeiten mehr als 300 internationale ZFD-Fachkräfte in 43 Ländern.

Menschen fliehen vor gewaltsamen Konflikten, und Flucht birgt Zündstoff für neue Konflikte. Deshalb ist Flucht auch ein Thema für den ZFD. Er wird dort aktiv, wo Flucht Menschen bewegt: in den Herkunftsländern, entlang der Fluchtrouten und dort, wo Geflüchtete Schutz suchen. Über diese Arbeit des Zivilen Friedensdienstes informiert dieses Dossier.

Inhalt

Vorwort	05
Einleitung	06
Gewalt vorbeugen	08
Afghanistan	09
Südsudan	12
Fluchtwege	14
Mexiko	15
Zusammenleben fördern	18
Libanon	19
Ruanda	21
Deutschland	24
Kambodscha	28
Rückkehr erleichtern	32
Senegal	33
Burundi	36
Kenia	40
Was können Sie tun?	44
Kontakt	46



Kulturtage in der Kommune
Mutaho (Burundi)

Liebe Leserinnen und Leser,

weltweit sind mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Unterdrückung und Verfolgung, vor Krieg und Menschenrechtsverletzungen. Hinzu kommen tausende Menschen, die nach Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen müssen. Ein Ende dieser dramatischen Lage ist nicht absehbar.

Die meisten Flüchtlinge, denen ich begegnet bin, wünschen sich – wie fast alle Menschen – eine Zukunft in ihrer Heimat. Genau wie wir wollen sie dort leben, wo ihr Zuhause ist und ihre Familien sind. Hier sind unsere Anstrengungen gefragt. Das Bundesentwicklungsministerium stellt allein 2016/2017 mehr als 6 Milliarden Euro zur Fluchtursachenminderung und zur Unterstützung von Flüchtlingen und ihrer Aufnahmeländer zur Verfügung.

Unsere Arbeit orientiert sich dabei an dem Dreiklang: Fluchtursachen mindern, Flüchtlinge unterstützen und Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen, stabilisieren und stärken. Der Zivile Friedensdienst leistet dazu einen wichtigen Beitrag. In der angespannten Lebenssituation von Menschen auf der Flucht, aber auch von Menschen, die viele Flüchtlinge in ihren Gemeinden aufnehmen, beugt er Konflikten zwischen der eingesessenen Bevölkerung und den Neuankömmlingen vor und fördert Frieden und Versöhnung. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort finden ZFD-Fachkräfte und lokale Partnerorganisationen gewaltfreie Auswege aus Konflikten, die im Zusammenhang mit Flucht auftreten oder zur Flucht führen können. Durch seine friedensfördernde Arbeit ist der Zivile Friedensdienst von großer Bedeutung für die deutsche Friedens- und Entwicklungspolitik.

Die vorliegende Publikation zeigt Beispiele aus der Praxis, wie zivile Friedensarbeit Menschen hilft, das friedliche Zusammenleben zwischen Flüchtlingen und Einheimischen fördert und Menschen bei der Rückkehr in die Heimat unter-



stützt: Im Libanon werden beispielsweise Spannungen zwischen syrischen Flüchtlingen und der libanesischen Bevölkerung abgebaut. In Burundi verhandeln Friedenskomitees Landkonflikte, die bei der Rückkehr von Flüchtlingen auftreten. In Mexiko setzen sich beispielsweise einheimische Initiativen für die Menschenrechte von Flüchtlingen ein.

In diesen schwierigen Situationen versuchen wir auch künftig, den betroffenen Menschen bei der Entwicklung von zukunftsweisenden Perspektiven zur Seite zu stehen und die negativen Auswirkungen von Flucht zu mildern. Als Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft wird der Zivile Friedensdienst dabei eine wichtige Rolle spielen. Lernen Sie seine Arbeit auf den folgenden Seiten kennen und erfahren Sie dabei auch, was Sie selbst tun können!

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Gerd Müller".

Dr. Gerd Müller

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Flucht

Weltweit sind etwa 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Noch nie waren es so viele wie heute. Flucht ist ein Thema, das die Gesellschaft bewegt – und polarisiert. Dabei bleiben 90 Prozent der Flüchtenden in ihrer jeweiligen Region. Sie fliehen in einen Nachbarstaat oder als sogenannte Binnengeflüchtete in einen anderen Teil ihres Landes.

Was bewegt so viele Menschen, unfreiwillig ins Ungewisse aufzubrechen? Häufig sind es Krieg, gewaltsam ausgetragene Konflikte und Armut. Und oft sind die Industriestaaten mit verantwortlich. Eines jedoch verbindet die Millionen Geflüchteten: Flucht ist immer ein Notausgang, der letzte Ausweg aus einer Heimat, die keine Zukunft mehr bietet.

Auf den folgenden Seiten erfahren Sie etwas über die Arbeit des Zivilen Friedensdienstes zu diesem Thema. Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes unterstützen Menschen, die in Konfliktgebieten Gewalt vorbeugen und das Leid von Menschen auf der Flucht und in der Migration lindern. Die Fachkräfte helfen, Spannungen zwischen Geflüchteten und Einheimischen abzubauen und Menschen bei der Rückkehr in ihre Heimat zu unterstützen.

Flucht ist für alle Beteiligten problematisch. Aber: Nicht die Geflüchteten sind das Problem, sondern die Umstände und Konflikte, die ihnen ein Leben in ihrer Heimat unmöglich machen.

Was können wir tun, damit Menschen nicht fliehen müssen? Und wie unterstützen wir sie, falls Flucht dennoch nötig wird?

Das Herzstück des Zivilen Friedensdienstes ist die zivile Konfliktbearbeitung. Sie geschieht in erster Linie an der Basis einer Gesellschaft: Hier analysieren Menschen Konflikte, bringen die Beteiligten an den Verhandlungstisch, entwickeln gewaltfreie Lösungen und können so Gewaltausbrüche bereits im Vorfeld verhindern. Fachkräfte des ZFD unterstützen sie dabei. Wenn Frieden auf diese Weise erreicht wird, kann er langfristig wachsen.

Zivile Konfliktbearbeitung wirkt vielfältig im Zusammenhang mit Flucht:

- ⇒ **sie verhindert Gewalt** (ab Seite 8)
- ⇒ **sie stärkt Menschen auf dem schwierigen Fluchtweg** (ab Seite 14)
- ⇒ **sie fördert Dialog und Verständigung im Zusammenleben** (ab Seite 18)
- ⇒ **sie schafft Voraussetzungen für eine Rückkehr und hilft, den Frieden zu sichern** (ab Seite 32)

A close-up photograph showing a woman with long dark hair wearing a black hijab and a young boy with short dark hair. They are both focused on a piece of paper on a table, which appears to be a collaborative drawing or painting. The woman is holding a paintbrush and is in the process of applying blue paint to the paper. The boy is looking down at the artwork. The background is slightly blurred, showing some other people and possibly a festive setting with red and gold colors.

Im Projekt „Afghanische Jugend für den Frieden“ engagieren sich junge Frauen und Männer für Kinder.



Gewalt vorbeugen

Wer von Gewalt bedroht ist, sein Leben in Gefahr sieht, keine Hoffnung mehr auf ein Leben in Würde hat, flieht. Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes und ihre lokalen Partner arbeiten daran, Gewalt vorzubeugen, damit Menschen nicht aus ihrer Heimat fliehen müssen.

In Afghanistan lernen Jugendliche, für ihre Interessen einzutreten und Probleme konstruktiv zu lösen. Sie werden ermutigt, ihre Situation und ihr Umfeld positiv zu verändern. Das gibt ihnen Kraft und Mut, im Land zu bleiben und Verantwortung für ihre Gesellschaft zu übernehmen.

Im Südsudan stärken der ZFD und seine Partner Menschen, die sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen. Diese Menschen zeigen mit ihrem Engagement, dass es auch in einer von Gewalt und Krieg geprägten Gesellschaft friedliche Wege zum Interessenausgleich gibt.

Afghanistan

Herausforderung:
Perspektivlosigkeit

Was tut der ZFD?
Perspektiven schaffen, Gewalt vorbeugen

PERSPEKTIVEN FÜR DIE JUGEND

Auch nach 14 Jahren internationalen Militäreinsatzes kommt Afghanistan nicht zur Ruhe. Das Jahr 2016 wurde überschattet von Machtkämpfen mit den Taliban, gewaltsaufgeladenen Konflikten und schweren Menschenrechtsverletzungen. Das Vertrauen in Sicherheit und den Aufbau demokratischer Strukturen ist gesunken: Rund 67 Prozent der Afghaninnen und Afghanen fühlen sich unsicher und haben Angst – vor allem vor den Taliban und den Bedrohungen durch den IS.

Etwa 64 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 25 Jahre. Der Jugend sollte die Zukunft des Landes gehören – doch ihre Zukunftsaussichten sind düster, die Arbeitslosigkeit ist hoch. Viele Jugendliche suchen nach neuen Perspektiven, wollen zu Frieden und demokratischem Wandel in Afghanistan beitragen. Umso wichtiger ist es, ihr Selbstbewusstsein zu stärken, ihnen Ideen zu vermitteln, wie sie die Zukunft ihres Landes in die Hand nehmen können – und ihnen Mut zu machen, im Land zu bleiben. Der Zivile Friedensdienst trägt mit seiner Arbeit dazu bei.

AUS DER ARBEIT DES ZFD: PLANSPIEL ZUKUNFT

Regierungschef Mohammed Khobaib Usmany trägt sein Programm vor. Nicht ohne Stolz erklärt er, in Arabia die Alphabetisierungsrate von Frauen deutlich steigern zu wollen. Nur zum Thema Flucht mag er sich nicht festlegen, trotz des Appells von UN-Generalsekretärin Gulbibi Joya, Geflüchtete aufzunehmen. Das Publikum ist hochrangig besetzt, von der Wirtschaftsministerin bis zum Weltbankpräsidenten.

Natürlich ist Arabia ein fiktiver Staat und der UN-Generalsekretär ist aktuell keine Frau. Im echten Leben studiert Mohammed Ingenieurswissenschaften, Gulbibi Politikwissenschaften, auch die anderen Anwesenden sind afghanische Studierende verschiedenster Fachrichtungen. Sie sind hier, in Mazar-e Sharif im Norden Afghanistans, zu einem fünftägigen Planspiel zusammengekommen, um sich mit den Fragen zu befassen, die ihr Land betreffen. Das Planspiel ist ein Pilotprojekt des Zivilen Friedensdienstes. Ernsthaft entwerfen die 14 Frauen und 24 Männer im Rollenspiel politische Konzepte, diskutieren über Rohstoffe und Entwicklungszusammenarbeit.

Das Wichtigste dabei: Die jungen Leute üben, frei zu diskutieren, miteinander Konflikte zu lösen, eigenverantwortlich zu handeln – und friedliche Lösungen auch für komplexe gesellschaftliche Probleme zu finden. Eine wichtige Voraussetzung, um künftig Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Das fördert die Motivation und den Mut, gesellschaftliche und politische Veränderungen auch unter realen Bedingungen erreichen zu können. Im Universitätsalltag ist für solche Übungen kein Raum.

AUS DER ARBEIT DES ZFD: STARTHILFE FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

In Mazar-e Sharif engagiert sich eine Gruppe junger Menschen für Gleichberechtigung, Menschenrechte und Frieden. Sie haben eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2015 organisiert, sich um die Notaufnahme von Geflüchteten auf dem Gelände der Blauen Moschee in Mazar gekümmert, Opfer von Anschlägen im Spital besucht. Sie organisieren sich über eine eigene Facebook-Seite und erheben monatliche Gebühren zur Finanzierung ihrer Arbeit.

Hervorgegangen ist die Gruppe aus den „Leadership“-Trainings der „New Leaders Platform (NLP)“ in Mazar-e Sharif, die der ZFD unterstützt hat. Ein halbes Jahr lang befassen sich die Jugendlichen dort mit staatsbürgerlichem Bewusstsein, Recht und Lobbyarbeit, trainieren Führungskompetenzen und gewaltfreie Konfliktlösungen. Das Ziel: Bewusstsein für bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln.

Mit Erfolg. Inzwischen beteiligen sich rund 100 Jugendliche ehrenamtlich an den Aktivitäten der Gruppe. Einige arbeiten bereits in Nichtregierungsorganisationen oder in staatlichen Einrichtungen, andere fanden nicht zuletzt dank ihres freiwilligen Engagements einen Job.

INTERVIEW: WIE DER ZIVILE FRIEDENDIENST JUGENDLICHE FÜR DIE ZUKUNFT STÄRKT

Ein Gespräch mit Dr. Andreas Selmeci, Programmkoordinator des ZFD in Afghanistan.

Welche Methoden wenden Sie bei der Arbeit mit den Jugendlichen an?

In afghanischen Schulen und Universitäten gibt es meist nur Frontalunterricht. Bei unseren Trainings können sich die jungen Menschen aktiv einbringen. Das ist meist neu für sie. Damit fördern wir ihre Eigenaktivität, ihr Selbstvertrauen und ihre Kommunikationsfähigkeit.

In den Trainings werden „Life and Leadership Skills“ vermittelt. Was heißt das?

Die Jugendlichen werden in die Lage versetzt, eigene Lebensprobleme und die von Menschen in ihrem Umfeld zu lösen. Wir stärken außerdem ihre Fähigkeit, sich zu vernetzen und für ihre eigenen Interessen oder die Rechte anderer einzutreten. Das gibt ihnen eine hohe Problemlösungskompetenz. Und die Erfolgserlebnisse ermutigen zu mehr. Im günstigsten Fall tragen die Jugendlichen zu institutionellen und strukturellen Veränderungen bei.

Wie kommen Jugendliche unterschiedlicher Gruppen zusammen?

In den Trainings üben die jungen Menschen den Dialog mit Angehörigen anderer sozialer, ethnischer und religiöser Gruppen, die sie vorher als „Feinde“ betrachtet haben. Dabei helfen oft kleine Schritte. In der Jugendarbeit mit Binnengeflüchteten sind es etwa Fußballturniere, welche die Jugendlichen selbst organisieren. Sie laden Mannschaften aus anderen Camps oder aus den Aufnahmegemeinden ein, zu denen sie vorher ein angespanntes Verhältnis hatten.



Auch Medientraining gehört
zum Planspiel in Mazar-e Sharif:
Gulbibi Joya tritt in ihrer Rolle als
UN-Generalsekretärin
vor die Kamera.

Südsudan

Herausforderung:
Bürgerkrieg, Gewalt

Was tut der ZFD?
Frieden fördern. Gewalt vorbeugen

KRIEG VERSCHONT NIEMANDEN

Mehr als 40 Jahre Bürgerkrieg haben den Sudan zerrüttet. Mehrere Friedensabkommen sind gescheitert. Als 2011 der Süden vom Norden des Landes unabhängig wurde, schöpften viele Menschen Hoffnung auf Frieden – sie hat sich nicht erfüllt.

Insbesondere die Konflikte zwischen den Volksgruppen der Dinka und Nuer werden immer wieder für Kämpfe um Macht, Land und Bodenschätze – in erster Linie Erdöl – instrumentalisiert. Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung sind an der Tagesordnung. Der Krieg verschont niemanden im Land.

Die Situation im Südsudan scheint hoffnungslos. Staatliche Institutionen sind schwach oder nicht vorhanden. Bei rund zwölfseinhalb Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern gibt es 1,6 Millionen Binnenvertriebene und mehr als eine Million Geflüchtete in den Nachbarstaaten. Sechs Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, davon 4,8 Millionen auf Nahrungsmittelhilfe.

INTERVIEW: FRIEDEN KOMMT NICHT VON AUSSEN

Der ZFD unterstützt seine Partnerorganisationen im Südsudan dabei, in kleinen Schritten Stabilität und Zuversicht in die Gesellschaft zurückzubringen. Dazu ein Interview mit Claudia Langol, ZFD-Koordinatorin für den Südsudan.

Frau Langol, seit dem Sommer 2016 nehmen die interethnischen Konflikte im Südsudan zu, es droht ein Genozid. Ist da Friedensarbeit überhaupt möglich?

Ja, denn die Menschen dort wollen Frieden. Und das Land braucht Menschen, die die Friedensarbeit tragen. Im Oktober 2016 habe ich in Kampala einen Workshop für Engagierte aus unseren Partnerorganisationen durchgeführt. Ich war beeindruckt von ihrem Mut und davon, dass sie dem sozialen Gruppendruck nicht nachgeben. Wir müssen sie stärken und ihnen eine Auszeit von den Belastungen des Kriegsalltags ermöglichen. Alle empfanden es als eine Wohltat, nach wochenlanger Anspannung und der permanenten Bedrohung einmal wieder ohne Sorge um das eigene Leben einschlafen zu können. Sie haben es sehr geschätzt, in einem geschützten Rahmen über ihre teils traumatischen Erlebnisse sprechen zu können.

Können Sie einige Beispiele für das Engagement der Partnerorganisationen nennen?

Das ist zum Beispiel Father Opi von der Justice-and-Peace-Kommission in der Diözese Torit. In dieser Region gibt es oft Streit um Weideflächen für Rinder. Viehhirten treiben ihre Tiere immer öfter auf die bestellten Felder der Bauernfamilien. Die Konflikte werden oft rücksichtslos mit Kaschnikows ausgetragen. Viele Viehhirten und Bauern sind bewaffnet und kennen keine andere Lösung als Gewalt. In diesem Umfeld hat die Kommission verschiedene Ethnien zu Friedensdialogen zusammengebracht und Friedenskonversationen innerhalb der Ethnien ins Leben gerufen. Zu-

dem engagiert sie sich für Familienzusammenführung und in der Geflüchtetenarbeit in Uganda. Rund 500.000 Menschen aus dem Südsudan leben dort mittlerweile in der Diözese Arua in Geflüchtetenlagern.

Ein anderes Beispiel ist Natalina Mabo. Sie leitet die Justice-and-Peace-Kommission im Bistum Wau. Sie ist unerschrocken und ganz allein in umliegende Militärcamps gegangen und hat Soldaten und Offiziere über Menschenrechte und das Friedensabkommen vom Sommer 2015 aufgeklärt. Die hatten davon noch nie etwas gehört. Heute bitten die Befehlshaber Natalina Mabo um Hilfe und Rat.

Welche Bedeutung hat dieses Engagement für den Frieden im Südsudan?

Unsere Partner zeigen, dass alternatives Handeln möglich ist. Sie schauen über den Konflikt hinaus und überschreiten die ethnischen Grenzen. Solche Persönlichkeiten braucht das Land. Sie geben den Menschen Antworten auf ihre Fragen: Wo kann ich etwas anderes als Gewalt erleben? Wo lerne ich alternatives Handeln? Wo können Kinder lernen, die Welt nicht nur in gut oder böse einzuteilen? Das Bedürfnis nach gelebten Gegenentwürfen ist im Südsudan groß. Frieden kommt nicht von außen: Letztendlich können nur Einheimische wirksam alternatives Handeln vorleben. Wir stehen ihnen zur Seite und unterstützen sie mit unserem Wissen.

Wie wird der Zivile Friedensdienst vor Ort aktiv?

Zurzeit gibt es für internationales Personal keinen zuverlässigen Schutz. Unsere Partnerorganisationen raten davon ab, Fachkräfte zu entsenden; sie befürchten, dass die Lage noch schlimmer wird. Daher arbeite ich zurzeit von Kampala in Uganda aus, halte laufend telefonisch und per Mail Kontakt zu unseren Partnern. Im Oktober 2016 habe ich in Kampala den Workshop „Sharing and Learning in Time of Crisis“ durchgeführt. Für unsere Partner ist es wichtig,

dass sie nicht vergessen sind, und dass wir uns für ihre Anliegen einsetzen. Ab 2017 möchte ich regelmäßig vor Ort sein.

Natalina Mabo, Leiterin der Justice-and-Peace-Kommission im Bistum Wau



Insgesamt haben uns die südsudanesischen Partner um sechs Fachkräfte gebeten. Wir hoffen, bis Juli 2017 zwei Stellen besetzen zu können. Sie sollen die Strukturen der diözesanen Kommissionen für Justice and Peace stärken und ihre Friedensinitiativen unterstützen. Die Mitglieder der Kommissionen für Justice and Peace sowie Frauen und Jugendgruppen in den Pfarrgemeinden werden im Bereich Menschenrechte und guter Regierungsführung trainiert und zu Verwaltung und Finanzen beraten.



ZFD-Fachkraft im
Gespräch mit jugendlichen
Migranten in Saltillo

Fluchtwege

Flucht und Leid gehen Hand in Hand. Auf der Flucht und in der Migration verlieren Menschen meist alles: ihre Heimat, ihre Familie, ihr Hab und Gut, ihre Sicherheit, ihre Rechte und oft auch ihre Würde. Oft werden sie beraubt, schikaniert, sexuell ausgebeutet, missbraucht. Sie sind anderen Menschen schutzlos ausgeliefert und auf Hilfe angewiesen.

Aber auch jene, die den Flüchtenden helfen, werden bedroht. Der ZFD und seine Fachkräfte unterstützen daher Initiativen wie Menschenrechtsorganisationen in Mexiko, die sich für die Rechte von Migrantinnen und Migranten einsetzen.

Mexiko

Herausforderung:

Bedrohung und Einschüchterung

Was tut der ZFD?

Öffentlichkeit schaffen, Menschenrechte schützen

EIN LAND IM STRUDEL DER GEWALT

Seit vor zehn Jahren der damalige Präsident Felipe Calderón den Drogenkartellen den Krieg erklärte, versinkt das Land in einem Strudel der Gewalt. Mehr als 50.000 Menschen haben in diesem „Krieg“ schon ihr Leben verloren. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung, auch in der Justiz. Wer dagegen für die Menschenrechte eintritt, lebt gefährlich. Er wird bedroht, illegal verhaftet, oft gefoltert und sogar ermordet. Viele verschwinden spurlos.

Schätzungsweise 400.000 Menschen aus Zentralamerika durchqueren Mexiko jedes Jahr, um dem Elend in ihrer Heimat zu entkommen und in die USA zu gelangen. Wer ohne Dokumente unterwegs ist, ist Angriffen und Gewalt besonders schutzlos ausgeliefert. Viele kommen nie im erhofften besseren Leben an. Migrantenerherbergen, sogenannte „Casas del Migrante“, wie es sie in Oaxaca, Ixtepec und Saltillo gibt, sind für die Flüchtenden Orte der Hoffnung. Hier finden sie Schutz, psychologische Unterstützung und juristischen Rat.

Die Teams der Herbergen werden oft selbst bedroht. Ihre Arbeit ist lebensgefährlich. Die Präsenz internationaler Fachkräfte, die sie begleiten, schützt sie. Internationale Begleitung, Lobbyarbeit und Trainings ermöglichen es den Teams, in relativer Sicherheit zu arbeiten. Zudem werden sie

im Umgang mit der Bedrohung geschult. Die Unterstützung durch ZFD-Fachkräfte und ihre Partner ermutigt sie, ihr Engagement trotz der Bedrohungen fortzusetzen und sich mit anderen Aktiven zu vernetzen.



Die Casa del Migrante in Saltillo ist Anlaufstelle für 7.000 Menschen im Jahr.

AUS DER ARBEIT DES ZFD: DIE MIGRANTENHERBERGE VON SALTILLO

Saltillo ist die Hauptstadt des mexikanischen Bundesstaates Coahuila. Migrantinnen und Migranten auf dem Weg durch Mexiko finden hier in der „Casa del Migrante Saltillo“ ein sicheres Obdach. Sie werden medizinisch versorgt, können sich waschen, werden psychologisch betreut und bekommen drei Mahlzeiten am Tag. Das Team der Herberge leistet auch Rechtsbeistand: Viele Flüchtende haben unterwegs Erpressungen, Entführungen, Misshandlungen und Angriffe erlebt. Diese Fälle werden zusammen mit den Betroffenen dokumentiert. Wegen dieser Arbeit wird das Team immer wieder bedroht und eingeschüchtert. Menschenrechtsarbeit in Mexiko ist eine gefährliche Aufgabe.

INTERVIEW: EIN SICHERES DURCHGANGSQUARTIER FÜR 70.000 MENSCHEN

Alberto Xicotencatl leitet die „Casa del Migrante Saltillo“. Er schildert die Arbeit und das persönliche Risiko, das damit verbunden ist.

Herr Xicotencatl, unter welchen Bedingungen arbeiten Sie?

In der Casa del Migrante schützen wir die Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten. Deswegen erhalten wir Morddrohungen, werden mit Waffen bedroht und angegriffen. Wir beherbergen Menschen, die aus Mittelamerika stammen und ohne Migrationsdokumente unterwegs sind.

Warum machen sich so viele Menschen aus Mittelamerika auf den Weg in den Norden?

In Mittelamerika herrschen Armut und Perspektivlosigkeit, es fehlen Entwicklungschancen für die Menschen. Es sind solche aktuellen Probleme, die Tausende dazu bewegen, sich über Mexiko auf den Weg in Richtung USA zu machen – in ein vermeintlich besseres Leben.

Seit wann gibt es die Casa del Migrante?

Die Herberge wurde vor zehn Jahren gegründet. Anlass war, dass damals zwei jugendliche Migranten von Wachpersonal der Eisenbahn auf offener Straße zu Tode gesteinigt worden waren. Daraufhin haben einige Leute beschlossen, für die Rechte dieser Menschen einzutreten und sie zu verteidigen. Also wurde die Casa del Migrante gegründet.

Seitdem haben wir insgesamt etwa 70.000 Menschen geholfen – derzeit etwa 7.000 pro Jahr. Bedauerlicherweise sind die Bedingungen für Migrantinnen und Migranten weiterhin sehr schlecht. Bevor die Gewalt in Mexiko so extrem anstieg, haben wir etwa 16.000 Menschen im Jahr versorgt.





Wie betreuen Sie die Menschen?

Wir sorgen dafür, dass sie sich ausruhen, duschen, die Wäsche wechseln können und warme Mahlzeiten bekommen. Diese humanitäre Hilfe ist lebenswichtig. Außerdem bekommen sie medizinische Behandlung. Wir haben ein juristisches Team mit Personal, das sich auf Menschenrechte spezialisiert hat. Die Informationen, die wir bekommen, leiten wir an internationale Organisationen und Systeme weiter (Anmerkung der Redaktion: zum Beispiel an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte).

Was bedeutet diese Arbeit für Sie persönlich?

Wer in diesem Land mit Migrantinnen und Migranten arbeitet, trägt nahezu das gleiche Risiko wie die Flüchtenden selbst. Weil sie ohne Migrationsdokumente unterwegs sind, fristen sie ihr Dasein im Schatten der Gesellschaft. Und genau dort lauern organisierte Kriminalität und Gewalt. Diese Gewalt und die damit verbundenen Risiken drohen auch denen, die die Menschenrechte verteidigen.

Wie gehen Sie mit der Gewalt um?

Vor dem Hintergrund der schweren Menschenrechtsverletzungen, die wir hier erleben, haben wir den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte um Vorsorgemaßnahmen gebeten. Leider müssen wir sehr viel Zeit dafür aufbringen, um uns und unsere Arbeit zu verteidigen und dafür Sorge zu tragen, dass die Herberge nicht geschlossen wird. Dadurch können wir uns unglücklicherweise weniger um die Verteidigung der Menschenrechte und um die Menschen selbst kümmern.

Wie motivieren Sie sich für diese riskante Arbeit?

Wenn ich die Rechte von Menschen auf der Flucht verteidige, trete ich auch für mich selbst ein. Ich verteidige mit dieser Arbeit auch meine eigenen Rechte: Ich verteidige mich, meine Familie und meine Gemeinde. Das ist ein Grund dafür, dass ich diese Arbeit mache: weil ich mich damit auch selbst schütze – und die Rechte von uns allen.



Zusammen- leben fördern

Wer fliehen muss, kommt irgendwo an: in improvisierten Lagern, in überfüllten Städten, in weit entfernten Ländern. Unter diesen Bedingungen fällt ein Neuanfang schwer, besonders wenn unterschiedlichste Menschen ohne Perspektive auf engstem Raum verharren müssen. Auch das Zusammenleben zwischen Geflüchteten und Einheimischen verläuft nicht überall reibungslos. Konflikte können eskalieren und zu Ablehnung und Gewalt führen.

Der Zivile Friedensdienst wirkt der Gewalt entgegen. ZFD-Fachkräfte helfen den Menschen dabei, in Dialog zu treten und Interessen auszubalancieren. Das erleichtert das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Geflüchteten – ob im Libanon, in Ruanda, in Deutschland oder in Kambodscha.

Libanon

Herausforderung:

Ressourcenkonflikte, Spannungen zwischen Einheimischen und Geflüchteten

Was tut der ZFD?

Integration und Zusammenleben fördern

HINTERGRUND

Der Libanon hat im Verhältnis zur eigenen Bevölkerung weltweit die meisten Geflüchteten aufgenommen: Das Land mit 4,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern beherbergt eine Million Geflüchtete aus Syrien. Besonders die Gemeinden in der West-Bekaa-Ebene an der Grenze zu Syrien, eine der ärmsten Regionen des Landes, haben viele Geflüchtete aufgenommen. Teilweise hat sich ihre Bevölkerungszahl dadurch verdoppelt.

Die Hilfsbereitschaft stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Wohnungen, Arbeitsplätze, Schulen und Kindergärten reichen nicht mehr aus. „Die Infrastruktur verkraftet das nicht. Der Strom fällt ständig aus. Auch das Wasser wird immer wieder abgestellt“, berichtet Dunja Shabshoul, Grundschullehrerin in Baalbek in der Bekaa-Ebene. Um zu überleben, arbeiten viele Geflüchtete illegal und zu Löhnen weit unter der üblichen Bezahlung. Einheimische können auf diesem Niveau nicht konkurrieren. „Die Syrer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“, gibt die Rentnerin Aziza Shabshoul die weit verbreitete Ansicht wieder. „Libanesische Ladenbesitzer entlassen einheimische Verkäufer

und stellen Syrer ein, weil sie billiger sind. Sie arbeiten für 100.000 Libanesische Lira (etwa 50 Euro) im Monat. Niemand würde bei uns für so ein Gehalt arbeiten. Noch nicht mal richtige Schuhe bekommt man dafür.“

Das Klima ist angespannt. Vorurteile, Konflikte und Feindseligkeiten wachsen. Das erlebt auch Imad Hussein. Der 33-Jährige ist 2013 mit Frau und zwei Kindern in den Libanon geflohen, nachdem sein Haus bombardiert wurde: „In Syrien hatte ich eine Bäckerei. Alles ist verbrannt. Wir konnten bei unserer Flucht nichts mitnehmen. Hier habe ich nichts. Es ist nicht leicht, hier Arbeit zu finden. Ich habe das Gefühl, dass wir hier Eindringlinge sind. Mein Sohn wird in der Schule manchmal beschimpft. Er wurde auch schon verprügelt. Aber wir können nicht zurück nach Syrien.“

AUS DER ARBEIT DES ZFD: RECYCLELN UM DES FRIEDENS WILLEN

ZFD-Fachkräfte bieten Behörden, Organisationen und Geflüchteten im Norden und Osten des Libanons Hilfe bei der Bewältigung der schwierigen Situation. Derzeit arbeiten sie mit Partnerorganisationen in fünf Gemeinden in den Grenzregionen. Sie helfen zum Beispiel dabei, Konflikte zwischen Geflüchteten und Einheimischen zu schlichten.

Sie schaffen auch Räume, in denen Einheimische und Geflüchtete über ihre Ängste, Lebens- und Arbeitsbedingungen sprechen und gemeinsam Wege zur Verbesserung finden können. Zudem unterstützen der ZFD und seine Partner die Geflüchteten dabei, sich zu organisieren, damit sie leichter mit libanesischen Entscheidungsträgern über die Verbesserung der Situation diskutieren können. Außerdem werden Projekte wie das Recycling-Projekt „Zeder

und Jasmin“ in Bar Elias entwickelt, von denen die gesamte Gemeinde profitiert.

Alaa Alzaibak aus Syrien arbeitet beim Recycling-Projekt mit.



WENN SICH DIE BEVÖLKERUNG VERDOPPELT

Die Kleinstadt Bar Elias liegt in der Bekaa-Ebene im Osten des Libanons, direkt an der Straße zum syrischen Grenzübergang Masnaa. Zur Grenze sind es ungefähr zwölf Kilometer. Am Horizont sind die schneedeckten Gipfel des Antilibanon Gebirges zu sehen. Ein blaues Schild am Ortseingang verkündet: „Einwohnerzahl 50.000“.

Doch das sind nur die libanesischen Bewohnerinnen und Bewohner – in den letzten Jahren sind mindestens noch noch einmal so viele Geflüchtete aus Syrien hinzugekommen. Auf diesen Zuwachs ist die Stadt nicht vorbereitet.

Es gibt Spannungen in der Bevölkerung und Ressentiments gegenüber den Zugezogenen. Dagegen wird etwas getan: im Recycling-Projekt mit dem libanesisch-syrischen Namen „Zeder und Jasmin“ im Stadtteil Jazeera. „Wir wollen Spannungen in Bar Elias abbauen und beide Bevölkerungsgruppen einander näher bringen“, sagt Alaa Alzaibak. Der 29-jährige syrische Geflüchtete ist eigentlich IT-Spezialist und engagiert sich nun ehrenamtlich beim Recycling-Projekt. „Alle wirken mit, und alle profitieren davon.“ Das Projektteam hat die Bevölkerung mit speziellen Mülltonnen versorgt. Die Familien trennen ihren Abfall und sortieren Blech und Plastik aus, das anschließend verkauft wird. Über die Verwendung der Erlöse entscheiden die Menschen im Viertel selbst.

Geflüchtete aus Syrien haben das Projekt mit Unterstützung des ZFD initiiert und die libanesische Bevölkerung ins Boot geholt. Einige Teammitglieder werden zu „Community Activists“ ausgebildet. Sie lernen, Konflikte zu analysieren und Projekte zu planen. Mit Fragebögen ermitteln sie die Anliegen der Bevölkerung. „Die Bedürfnisse der Einheimischen und der geflüchteten Syrer und Libanesen in Bar Elias ähneln sich sehr“, hat Wafa Haddad, eine der syrischen Aktivistinnen, festgestellt. „An erster Stelle steht der Wunsch nach Arbeit und einer besseren Infrastruktur. Arbeitsplätze können wir zwar nicht schaffen. Aber dieses Projekt liegt im Rahmen unserer Möglichkeiten.“

Die „Community Activists“ erkundigen sich regelmäßig bei der Bevölkerung, ob die Mülltrennung funktioniert. Mahmoud Junaid, Vertreter eines Geflüchtetenlagers in Jazeera, sagt: „Unser Stadtteil kann mit dieser Mülltrennung etwas Geld verdienen. Das motiviert zum Mitmachen.“ Es gibt bereits erste Ideen, wie der Erlös verwendet werden könnte: vielleicht für einen neuen Anstrich des Schulgebäudes. Auch der öffentliche Wasserhahn könnte repariert werden.

Ruanda

Herausforderung:

Ressourcenkonflikt, ethnische Spannungen

Was tut der ZFD?

Gewalt verhindern, Zusammenleben fördern

GEGENSEITIGEN RESPEKT LERNEN

Ruanda ist seit Jahrzehnten Anlaufstelle für Geflüchtete, vor allem aus der Demokratischen Republik Kongo und aktuell aus Burundi. Die meisten leben in UNHCR-Camps: 2015 waren es schätzungsweise 148.000, doppelt so viele wie im Jahr zuvor. 50.000 Menschen leben schon seit den 1990er Jahren hier. Knapp 60 Prozent der Geflüchteten sind minderjährig.

Es gibt immer wieder Konflikte und Feindseligkeiten zwischen Geflüchteten, die zurückkehren, und Menschen, die das Land nicht verlassen haben. Geflüchtetencamps, die auf Ackerland der lokalen Bevölkerung gegründet werden, verschärfen die ohnehin bestehenden Konflikte um Land und Ressourcen.

Unter den schwierigen Bedingungen des Zusammenlebens von Geflüchteten und Einheimischen arbeiten der Zivile Friedensdienst und seine Partner daran, gemeinsam mit den Menschen gewaltfreie Wege aus Konflikten zu finden, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und Gewalt im Keim zu ersticken.

FRIEDLICHES ZUSAMMENLEBEN MUSS GELERT WERDEN



Jugendliche aus dem Camp und von außerhalb kommen in der Theatergruppe zusammen.

In Theater-, Sport- und Musikprojekten sowie Workshops zur konfliktinsensiblen Berichterstattung lernen Jugendliche gegenseitiges Verständnis und den konstruktiven Umgang mit Konflikten. Die medienpädagogische Arbeit bringt konkrete Ergebnisse: Wie die Camp-Zeitung „Kigeme – Our Home“, die in einem Workshop entstand. In ihr thematisieren Jugendliche, was die Menschen im Camp und außerhalb bewegen. Alle Texte haben sie selbst recherchiert und geschrieben. In Friedensclubs lernen Jugendliche Methoden ziviler Konfliktbearbeitung kennen. Gemeinsam werden Konflikte analysiert und Feindbilder abgebaut. Dadurch fällt

die Verständigung viel leichter und Gewalt hat keine Chance mehr. Besonders Frauen und Mädchen werden gestärkt, denn sie sind häufiger Opfer von (sexueller) Gewalt. Viele Menschen sind durch ihre Erlebnisse auf der Flucht traumatisiert. Psychotherapeutische Angebote helfen ihnen, zurück ins Leben zu finden. Auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Religionsgemeinschaften, der Geflüchteten und der Aufnahmegemeinden wird eingeübt, Konflikte gewaltfrei und in gegenseitigem Respekt auszutragen.

Publikum und Spielende lernen in den Theateraufführungen die Sichtweisen der anderen kennen. Ein wichtiger Schritt zu gegenseitigem Verständnis.

AUS DER ARBEIT DES ZFD: FORUM-THEATER IM CAMP KIGEME

Das Camp Kigeme liegt im Nyamagabe-Distrikt im Süden Ruandas, 150 Kilometer von der ruandischen Hauptstadt Kigali entfernt. Zur kongolesischen Grenze sind es 120 Kilometer. Kigeme wurde im Juni 2012 für kongolesische Bürgerkriegsgeflüchtete gegründet. Heute leben hier mehr als 18.500 Menschen aus dem Kongo.



Einer von ihnen ist Mukombozi Nkusi Patrick. Er wirkt im Theaterprojekt mit, das großen Einfluss auf Jugendliche im Camp hat. Die Theatergruppe entstand auf Initiative der ZFD-Partnerorganisation „Vision Jeunesse Nouvelle“ im September 2015. „Über das Theaterspiel können wir unsere Botschaften vermitteln“, erklärt Mukombozi. „Wir treffen uns viermal pro Woche und arbeiten mit allen Themen, die zur Friedensförderung beitragen.“ Die Theaterstücke werden aufgeführt, um dem Publikum Wege zu Verständigung und friedlicher Konfliktaustragung zu zeigen.

„In den meisten Fällen kommen Jugendliche zu uns, die in Konflikte verstrickt sind. Einige der Jugendlichen im Camp und einige von außerhalb sind der Meinung, dass sie mit den jeweils anderen überhaupt nichts zu tun haben. Andere sehen eine Verbindung“, sagt Mukombozi. „Wir nutzen Theater als gemeinsames Medium, um Beziehungen aufzubauen und Gewalt vorzubeugen.“ Die 50 Mitglieder der Theatergruppe sind zwischen 16 und 25 Jahre alt. Ein Teil lebt in Kigeme, ein Teil außerhalb des Lagers. Ende Oktober 2016 führten sie drei Stücke auf: eines in Kigeme und zwei in den Schulen im Dorf.

„Unser Ziel ist es, die Jugend zu vereinen, damit wir friedlich zusammen leben. Dabei spielt es keine Rolle, welche Wurzeln jemand hat“, sagt Mukombozi. „Wir erreichen unser Ziel, wenn wir die Veränderungen im Verhalten vieler Jugendlicher sehen.“ Die Theatergruppe ist für alle offen. Doch einige Eltern verbieten ihren Kindern die Teilnahme. Mukombozi: „Sie behaupten, wir seien unhöflich und hätten keine Kultur. Viele Eltern verstehen aber sehr gut, was wir tun. Ich hoffe, dass die anderen ihre Meinung ändern werden.“

Immer mehr Jugendliche stoßen zur Theatergruppe. Sie wird inzwischen sogar von Hilfsorganisationen mit Equipment unterstützt. Theaterpädagogik ist eine erfolgreiche Methode in der Friedensarbeit. Sie ermöglicht es den Teil-



Das Publikum schwankt zwischen Faszination und Begeisterung.

nehmenden, neue Sichtweisen einzunehmen. Spielend lernen sie andere Perspektiven kennen, besonders wenn sie akute Konflikte aus ihrem Umfeld thematisieren. Dadurch verändern sich festgefahrene Wahrnehmungen und Einstellungen. Theater fördert Dialog und Verständigung – wichtige Grundlagen für Gewaltprävention und Frieden.

Der Text basiert auf einem Artikel von Maria Ange Utuje, Rafiki Mureramanzi und Iribagiza, der im Magazin „Kigeme – Our Home“ erschienen ist.

Deutschland

Herausforderung:
Ressentiments, Kulturclash

Was tut der ZFD?
Konflikte regulieren, Zusammenleben fördern

ZWISCHEN HILFSBEREITSCHAFT UND RESENTIMENTS

Im Jahr 2015 suchten rund eine Million Menschen in Deutschland Zuflucht. Unser Land ist wirtschaftlich und strukturell in der Lage, die vielen Menschen aufzunehmen. Viele Deutsche sind hilfsbereit und unterstützen die Neuankömmlinge, wo sie nur können. Doch Teile der Bevölkerung hegen Ressentiments gegenüber den Geflüchteten. Manche fürchten eine Konkurrenz auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt, andere haben Angst vor kulturellen Unterschieden. Unsicherheiten und Ängste schüren Vorurteile und Feindseligkeiten.

Für die Geflüchteten ist die Situation noch schwieriger. Sie mussten ihre Heimat verlassen und haben alles verloren. Viele sind durch schreckliche Erlebnisse auf der Flucht traumatisiert. Sie befinden sich nun in einem fremden Land, dessen Sprache sie nicht sprechen und dessen Kultur ihnen fremd ist. In überfüllten Unterkünften ist ihnen ein Leben in Würde kaum möglich. Oft kommt es in dieser angespannten Situation zu Konflikten – untereinander oder mit Einheimischen.

Der Zivile Friedensdienst arbeitet in erster Linie im Ausland. Doch auch wir in Deutschland profitieren von seinen Methoden. Die Arbeit der ehemaligen ZFD-Fachkraft Susan Hermenau ist ein Beispiel dafür. Die Soziologin arbeitete in der bolivianischen Stadt El Alto für den ZFD. Dort setzte sie sich zusammen mit Frauen aus den indigenen Volksgruppen Aymara und Quechua für mehr Gleichberechtigung in der Politik ein. Nach ihrer Rückkehr leitete sie zwei Jahre lang eine Unterkunft für Geflüchtete im Berliner Stadtteil Pankow. Dabei konnte sie ihre Erfahrungen aus Bolivien nutzen.

INTERVIEW: VOM ZIVILEN FRIEDENDIENST ZUM BERLINER GEFLÜCHTETENHEIM

Frau Hermenau, in welcher Situation haben Sie in Bolivien gearbeitet und wie sah Ihre Arbeit aus?

El Alto ist eine indigene und rebellische Stadt. Sie hat sich durch Protest und Eigensinn gegen Vereinnahmung gewehrt und ist stolz darauf, sich selbst zu verwalten. In den Nachbarschaftsräten der Stadt sitzen meist nur Männer, Frauen spielen oft eine untergeordnete Rolle. Meine ZFD-Kollegin Susanne Acebey und ich haben mit indigenen Frauen Seminare erarbeitet, in denen wir politische Teilhabe und zivile Konfliktlösungsmechanismen ausprobierten. Das Wichtigste war zunächst, den Frauen zuzuhören. Und es war schnell klar, dass wir mit den Männern arbeiten sollten, nicht gegen sie.

Anschließend haben Sie eine Unterkunft für Geflüchtete in Berlin geleitet. Mit welcher Art von Konflikten hatten Sie es dort zu tun?

Im Geflüchtetenheim sind die Konfliktpotenziale enorm, weil die Nerven blank liegen und Missverständnisse auf einen fruchtbaren Nährboden fallen. Dabei verläuft die Linie zunächst zwischen den Sprachen und den Herkunftsländern, bald jedoch zwischen den Bedürfnissen: Eltern und



Mohammed al Zahlawi aus Damaskus übersetzt für seine Landsleute im Wohnheim und arbeitet mit Susan Hermenau zusammen.

Telefon: 030 91 20 77 90
030 91 20 77 92 9

Singles streiten um laute Musik und ebenso lautes Kinderschreien. Anerkannte Geflüchtete und solche, denen die Abschiebung droht, beäugen sich hämisch oder voll Neid. „Normalität“ wird täglich in Frage gestellt, weil Hunderte Menschen aus mehr als 20 Ländern, von der städtischen Oberschicht bis zur analphabetischen Landbevölkerung, jeweils eine eigene Vorstellung davon haben, was „normal“ ist. Damit es nicht eskaliert, müssen wir eine neue Kultur des Umgangs mit Konflikten erfinden. Das ist eine große Herausforderung.

Man könnte meinen, es gäbe verstärkt religiöse oder kulturelle Konflikte unter Geflüchteten. Ich habe jedoch nur erlebt, dass die Andersartigkeit als Erklärung für einen Konflikt herhalten muss, obwohl einem Streit im Grunde fast immer verletzte Gefühle zugrunde liegen: Neid, Missgunst, Angst, schlechtes Gewissen, Stolz, Verzweiflung, Hilflosigkeit. Hinzu kommen Verständigungsprobleme und die Tatsache, dass die Konfliktlösungsstrategien aus dem eigenen Dorf in einem Berliner Heim nichts mehr taugen, weil sie niemand versteht.

Susan Hermenau mit Geflüchteten in Berlin



Außerdem tragen die Unsicherheit über die Zukunft, die fehlende Beschäftigung und die beengten Wohnverhältnisse dazu bei, schnell in Streit zu geraten. Verletzter Stolz spielt ebenfalls eine Rolle, sicher auch deswegen, weil viele Geflüchtete in ihrer Heimat angesehene Bürgerinnen und Bürger waren, und neben ihrem Hab und Gut auch ihr Prestige verloren haben. Hier in Deutschland fühlen sie sich schnell entmündigt oder herabgesetzt, auch wenn das nicht gewollt ist. Vor allem, wenn ihnen eine Frau die Regeln diktiert. Mein Team und ich haben versucht, all das zu berücksichtigen und die wahren Gründe eines Konflikts herauszufinden, um den Menschen zu geben, was sie brauchen.

Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion leben in den Unterkünften auf engem Raum zusammen. Da scheinen Konflikte programmiert. Konnten Sie zu deren Bewältigung ihre im ZFD erworbenen Kenntnisse anwenden?

Die Prinzipien der gewaltfreien Kommunikation, die ich in Bolivien angewendet habe, funktionieren auch in Deutschland. Wenn ich Streits schlichten soll, versuche ich mich nicht von Fakten wie Herkunft, Geschichte und Religion leiten zu lassen, sondern konzentriere mich auf die Individuen. Ich bemühe mich um größtmögliche Neutralität und versuche, beiden Seiten das Gefühl zu geben, sie zu vertreten. Ich vermeide Vorwürfe oder Angriffe, thematisiere meine Gefühle und frage nach den Gefühlen der anderen.

Ich beschreibe das Gesagte und füge die eigentliche Bedeutung bei, um die Streithähne miteinander zu versöhnen. Aus „Du bist ein mieses Arschloch“ wird zum Beispiel: „Ahmed möchte sagen, dass er wütend ist und sich gedemütigt fühlt, deshalb will er dich auch demütigen, um dich zu strafen.“ So kommt man Schritt für Schritt weiter.

Ich bin mir darüber bewusst, dass das, was eine Person sagt, etwas ganz anderes bedeuten kann als die Nachricht, die bei mir ankommt. Worte sind aufgeladen mit unsichtbaren Geschichten, die man nicht alle kennen kann. Dieses Wissen, dass es einen Sender und einen Empfänger von Informationen gibt – zwischendrin aber viel in den Köpfen und Herzen passiert, was Chaos stiftet – versuche ich weiterzugeben.

Müssen auch wir neue Muster für ein funktionierendes Zusammenleben lernen?

Nicht viele Menschen können etwas mit dem Begriff „Empathie“ anfangen. Die meisten haben Angst vor Konflikten und versuchen es mit großem Gebrüll oder großem Schweigen. Der Umgang mit Konflikten ist eine Frage der Kultur und vielleicht auch des Charakters. In Deutschland legen wir Wert darauf, dass man sich nicht anbrüllt und es „vernünftig“ zugeht. Die Idealvorstellung ist ein ruhiges Gespräch, bei dem jemand Protokoll führt und Regeln vereinbart werden, die man nachlesen und unterschreiben kann.

Wir haben eben gern die Kontrolle. Emotionalität macht uns Angst. Ich denke aber, dass man das Rationale und das Irrationale gleichsam berücksichtigen muss. Wut, Tränen, Angst, Panik lassen sich nicht wegrationalisieren, sie brauchen ihren Raum. Wir sollten entspannter miteinander umgehen, nicht gleich immer alles bewerten. Vielleicht auch mal laut loslachen, wenn sich jemand besonders merkwürdig aufführt. Gemeinsam über sich selbst lachen bewirkt Wunder. Wir müssen wirklich voneinander lernen, nicht übereinander. Integration kann nur funktionieren, wenn die Gruppe, in die sich die Neuankömmlinge integrieren sollen, auch attraktiv für sie ist. Es funktioniert kein Hilfsangebot, wenn man sich nicht kennt, sich nicht leiden kann, etwas einfordert oder ein rechthaberischer Griesgram ist.

Kambodscha

Herausforderung:

Diskriminierung von Geflüchteten,
Eingewanderten und Minderheiten

Was tut der ZFD?

Friedliches Zusammenleben fördern, Vorurteile abbauen

DIE FOLGEN VON JAHRZEHNTEN MIT KRIEG UND TERROR

Ein Bürgerkrieg ab Anfang der 70er Jahre, die Schreckensherrschaft der Roten Khmer von 1975 bis 1979, der rund 1,7 Millionen Menschen zum Opfer fielen, die anschließende Besetzung durch Vietnam und schließlich Unruhen und Machtkämpfe bis Ende der 90er Jahre – Kambodscha ist bis heute damit beschäftigt, die Folgen dieser dunklen Jahrzehnte aufzuarbeiten. Flucht, Vertreibung, Misstrauen und Traumata wirken noch immer in der Gesellschaft nach und erschweren den Weg zu Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Eng verwoben ist die Geschichte Kambodschas mit der des Nachbarlandes Vietnam. Menschen aus Vietnam haben sich bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts in Kambodscha angesiedelt. Um 1930 lebten rund 200.000 Vietnamesen und Vietnamesinnen im Land, zumeist als Fischer am Tonle-Sap-See und dem gleichnamigen Fluss. Unter dem Terrorregime der Roten Khmer wurden etwa 170.000 Angehörige der vietnamesischen Minderheit zwangsdeportiert, die verbliebenen rund 20.000 Personen ermordet. Viele der Vertriebenen und ihre Nachkommen kehrten in den 80er Jahren nach Kambodscha zurück. Zusammen mit weiteren Einwanderern wird die vietnamesische Bevölkerung heute auf 300.000 bis 500.000 Menschen geschätzt.



Im „Peace Journey Training“ der ZFD-Partnerorganisation „Youth Resource Development Program“ lernen Studierende Methoden der Konfliktanalyse.



HISTORISCH VERWURZELTE DISKRIMINIERUNG

Die vietnamesische Minderheit wird in Kambodscha seit jeher diskriminiert. Sie gilt als rechtlich, sozial und kulturell nicht gleichwertig mit dem „Staatsvolk“ der Khmer, das fast 90 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung stellt. Die öffentliche Diskussion ist durch nationalistische Emotionen geprägt. Ängste vor einer „Vietnamisierung“ Kambodschas durch „illegalen Einwanderer“ werden politisch instrumentalisiert. Vereinzelt kam es schon zu gewalttaten Übergriffen.

AUS DER ARBEIT DES ZFD: ZURÜCKGEKEHRTE REINTEGRIEREN

In den Augen der kambodschanischen Bevölkerung und der Behörden sind die aus Vietnam zurückgekehrten Vertriebenen keine kambodschanischen Staatsbürgerinnen und -bürger, sondern illegale Einwanderer – auch wenn sie seit Jahrzehnten wieder im Land leben. Viele haben keine gültigen Papiere. De facto sind sie daher staatenlos – und damit rechtlos.

Die Betroffenen können weder formell erwerbstätig werden noch Landeigentum besitzen, weder Kredite aufnehmen noch ein Konto eröffnen. Das schränkt ihre Teilnahme am Wirtschaftsleben ein. Das Gros der vietnamesischen Volksgruppe lebt daher weitgehend isoliert und in Armut. Staatliche Dienstleistungen wie ärztliche Versorgung und Bildung bleiben ihnen verwehrt. Schutzlos sind sie behördlicher Willkür ausgeliefert.

„Wie können ethnische Vietnamesen einen sicheren rechtlichen Status erwerben, wenn die Behörden ihnen keine Geburtsurkunden oder andere Ausweispapiere ausstellen, sondern sie als Einwanderer mit beschränkter Aufenthalts Erlaubnis behandeln?“, fragt auch Butmao Sourn vom ZFD-Partner MIRO (Minority Rights Organization). Beispielhaft für viele steht das Schicksal von Young Thong.



Ethische Vietnamesen dürfen
in Kambodscha kein Land
besitzen und leben häufig in
„schwimmenden Dörfern“.

Der 53-jährige Fischer wurde in Kambodscha geboren und hat – bis auf 13 Jahre Zuflucht vor den Roten Khmer in Vietnam – sein ganzes Leben in Kambodscha verbracht. Obwohl er eine Aufenthaltsgenehmigung besitzt, ist sein Einwanderungsstatus in Gefahr, da er sich geweigert hat, eine Gebühr von 250.000 Riel (rund 60 Dollar) an die lokale Einwanderungsbehörde zu zahlen. „Wir leben hier seit Generationen auf dem Wasser. Und ich soll die ganze Zeit Geld zahlen, um diese Dokumente zu bekommen“, sagt er verbittert. „Wenn sie uns nach Vietnam deportieren wollen, werde ich gehen (...) weil man uns das Recht abspricht, hier zu sein.“

Die langansässige vietnamesische Minderheit besser in die kambodschanische Gesellschaft (re-)integrieren: Daran arbeitet der Zivile Friedensdienst mit seinen Partnerorganisationen vor Ort. Sie soll aus ihrer Isolation geführt und das Konfliktpotenzial, das aus traditionellen Ressentiments und Unwissenheit resultiert, soll verringert werden.

Außer Vorurteilen ist in der kambodschanischen Öffentlichkeit wenig über die Geschichte der vietnamesischen Minderheit bekannt. Weder ihre Vertreibung unter den Roten Khmer wird thematisiert noch die Tatsache, dass ein großer Teil der vermeintlichen „illegalen Einwanderer“ vor der Vertreibung in Kambodscha lebte. Auch fehlt es an offiziellen Daten zur aktuellen Situation der vietnamesischen Minderheit. Nicht zuletzt deshalb wird sie von der Entwicklungszusammenarbeit bislang kaum wahrgenommen.

VORURTEILEN MIT INFORMATION BEGEGEN

Um diese Situation zu ändern, unterstützt der Zivile Friedensdienst Grundlagenforschung zur Geschichte und Lage der vietnamesischen Minderheit. Eine historische Aufarbeitung kann Vorurteilen und Mythen entgegenwirken. Informieren, Sensibilisieren und Diskutieren sind wesentliche Schritte, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Und

ein genaueres Wissen über die Situation der vietnamesischen Bevölkerungsgruppe ermöglicht es, sie wirksam dabei zu unterstützen, ihre Lage zu verbessern.

„TREIBGUT“

Mit Rechtsberatung, Radiosendungen, Workshops und Veranstaltungen unterstützen die Partner des ZFD die vietnamesische und andere Minderheiten. Ein Beispiel: „Somnatt“, ein Film in der Khmer-Sprache über die Migrationsgeschichte der vietnamesischen Minderheit sowie die muslimische Volksgruppe der Cham. Das Wort aus der Khmer-Sprache bedeutet „Treibgut“. Der Film portraitiert acht Menschen, die in Hausbooten in schwimmenden Fischerdörfern leben, und weckt so Verständnis für diese Bevölkerungsgruppe. Auch eine Wanderausstellung thematisiert die Geschichte der vietnamesischen Volksgruppe. Sie wird von einem Forum-Theater begleitet, bei dem das Publikum angeregt wird, sich mit Rassismus und den eigenen Vorurteilen zu befassen.

DIALOG ZWISCHEN DEN VOLKSGRUPPEN

Ein weiterer ZFD-Partner bringt Studierende aus verschiedenen Volksgruppen zusammen. In Trainings mit interkulturellen Begegnungen analysieren sie zum Beispiel Konflikte und reflektieren ihre eigenen Vorurteile. Die Workshops fördern das gegenseitige Verständnis. Die jungen Menschen setzen sich mit den Ursachen interethnischer Konflikte auseinander und lernen Strategien für den Umgang damit. Wie wichtig das auch unter Studierenden ist, betont Tep Afril, ein 22-jähriger IT-Student: „17 meiner 20 Freunde hassen Vietnamesen“. Die jungen Menschen aus diesem Programm sind später Botschafter und Multiplikatorinnen für eine Kultur des friedlichen Dialogs. Das ZFD-Projekt ist das erste in Kambodscha, das umfassend das Problem der Integration der vietnamesischen Minderheit angeht. Bislang fehlen vergleichbare Initiativen von Regierung oder Entwicklungsorganisationen.

Rückkehr erleichtern

Wer in die Heimat zurückkehrt, trifft dort oft auf ehemalige Täterinnen und Täter, wird mit zerstörten und besetzten Häusern konfrontiert und oft mit Ressentiments der Daheimgebliebenen. Rückkehrende Geflüchtete sind häufig traumatisiert und benötigen Hilfe, um ihr Leben wieder in den Griff zu bekommen. Mancherorts gibt es Konflikte, weil Land in der Zwischenzeit von anderen besetzt wurde. Nur selten gibt es Versöhnungsinitiativen und juristische Aufklärung von Kriegsverbrechen.

Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes unterstützen ihre Partner dabei, Vergangenheit und Gewalt aufzuarbeiten. Sie schaffen Foren für Dialog und Versöhnung, damit ein friedliches Zusammenleben nach Gewalt- und Fluchterlebnissen wieder möglich wird.



Senegal

Herausforderung:
Landkonflikte, Flucht und Rückkehr

Was tut der ZFD?
Rückkehr ermöglichen, Reintegration fördern,
Versöhnung fördern

EINER DER ÄLTESTEN UNGELÖSTEN KONFLIKTE AFRIKAS

Seit 1982 leiden die Menschen im Süden Senegals unter blutigen Kämpfen um die Unabhängigkeit der Region Casamance. Die Auseinandersetzung zwischen Regierungstruppen und der Unabhängigkeitsbewegung MFDC gilt als einer der ältesten ungelösten Konflikte Afrikas. Immer wieder überfallen Rebellen die Bevölkerung in den Dörfern und die Armee. Mehr als 60.000 Menschen sind geflohen oder wurden vertrieben.

Allein Gambia und Guinea-Bissau haben rund 10.000 Geflüchtete aufgenommen. Wenn sie nach langer Zeit in den Senegal zurückkehren, kommt es häufig zu Landkonflikten. Nutzbares Ackerland ist knapp, denn tausende Landminen liegen immer noch in der Erde. Hunderte Dörfer mussten deswegen aufgegeben werden. Die Minenräumarbeiten liegen seit 2013 auf Eis, weil Regierung und Unabhängigkeitsbewegung sich nicht darüber einigen konnten. Die ständige Gefahr durch Landminen und anhaltende Angriffe hinterlassen tiefe Spuren bei den Menschen. Der ZFD unterstützt rückkehrende Geflüchtete bei ihrer Reintegration in die Gemeinschaft.

AUS DER ARBEIT DES ZFD: „SENEGAL HAT UNS VERGESSEN“

Voraussetzung für einen stabilen Frieden sind Dialog und Versöhnung. Aber die Angst sitzt auf allen Seiten tief. Sie verhindert, dass Menschen offen aufeinander zugehen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Fachkräfte des ZFD und ihre Partnerorganisationen ermutigen die Menschen, ihre Sorgen zum Ausdruck zu bringen. Bei Veranstaltungen in den Dörfern – etwa Forum-Theater oder Volksuni-versitäten – werden sie ermutigt, ihre Probleme in angst-freier Atmosphäre zu äußern und gemeinsam nach Lö-sungswegen zu suchen.

In vielen Orten in der Casamance haben Menschen mit Unterstützung des ZFD Friedenskomitees gegründet. Sie regeln Konflikte gewaltfrei: Verhandelt werden beispielsweise Streitigkeiten um Landrechte zwischen rückkehrenden Geflüchteten und der Dorfbevölkerung, die geblieben war. Dort wird auch besprochen, ob und wie ehemalige Guerillakämpferinnen und -kämpfer wieder in die Gemein-schaft aufgenommen werden können.

Die ZFD-Partnerorganisation USOFORAL (das Wort aus der Sprache der Diola bedeutet „tun wir uns zusammen“) begleitet die Menschen bei der Versöhnungs- und Frie-densarbeit. USOFORAL unterstützt insbesondere geflüch-tete Frauen bei der Rückkehr in ihre Heimat. Die Organisa-tion berät sie intensiv, vor allem bei der Ankunft in ihren ehemaligen Dörfern und während des Wiederaufbaus. Frauen spielen in der Casamance eine besondere Rolle im Friedensprozess. Sie bringen Stabilität in die Gesellschaft.



Viele Familien mussten während der bewaffneten Kämpfe flüchten.

Bei einem Treffen in der Landgemeinde Oulampan im Sine-dian-Gebiet erzählen Frauen, dass sie vor den Kämpfen zwischen Rebellen und Regierungstruppen aus ihren Dörfern fliehen mussten. Zwei Jahre lebten sie in einem Geflüchtetencamp in Gambia – zusammengepfercht auf engstem Raum, der Willkür des Aufsichtspersonals ausgeliefert und von Nahrungsmittelhilfe abhängig. Wegen der

schwierigen Situation im Lager kehrten sie in den Senegal zurück.

„Wir bekamen im Camp Besuch von der Rückkehrer-Kommission des Friedenskomitees“, erzählt eine der Frauen. „Sie haben uns über die aktuelle Lage in unseren Dörfern informiert und darüber, dass sie inzwischen in einer kampffreien Zone liegen. Allerdings waren die Minen auf

einigen Wegen noch nicht geräumt.“ Minen sind nach wie vor ein großes Problem. Immer wieder verletzen oder töten sie Menschen. Teile der Casamance sind so vermint, dass sie mit dem Auto nicht erreichbar sind. Der Besuch des Komitees ermutigte die Frauen dennoch. Sie beschlossen, trotz der Gefahren nach Hause zurückzukehren.

„Unsere Lage ist nicht einfach. Unsere Häuser waren zerstört. Wir mussten sie notdürftig wieder herrichten. Die Schule ist eine provisorische Strohhütte“, sagt eine der Rückkehrerinnen. „Wegen der Minen sind nur wenige Straßen befahrbar. Läden können nicht beliefert werden. Deshalb müssen wir in Gambia einkaufen. Es gibt auch keine Kranken- oder Geburtsstation. Dafür müssen wir 28 Kilometer mit dem Motorrad-Taxi fahren. Selbst unsere Toten müssen wir zwischen zwei Menschen auf dem Motorrad transportieren.“

Die Menschen, die in die Casamance zurückgekehrt sind, erhalten kaum Unterstützung vom Staat. Wie in vielen Grenzdörfern gibt es hier kein Telefonnetz. „Wir können nicht mit dem Rest des Landes kommunizieren. Wir fühlen uns als Senegalesinnen. Aber wir haben das Gefühl, dass der Staat uns vergessen hat.“

VIEH, SAATGUT UND EIN PLATZ IN DER GEMEINSCHAFT

Die Rückkehrerinnen sind auf die Hilfe von Nichtregierungsorganisationen wie USOFORAL angewiesen, die von Fachkräften des ZFD unterstützt wird. Gemeinsam setzen sie sich für die Rückkehrerinnen ein und versorgen sie für den Neustart mit Saatgut, Baumaterialien und Vieh.

„Damit unser Zusammenleben unter diesen Bedingungen friedlich bleibt, werden wir in gewaltfreier Kommunikation und friedlicher Konfliktlösung geschult“, berichtet eine der

Frauen. „In jedem Dorf haben wir eine Friedensgruppe gegründet, die präventiv und bei akuten Konflikten tätig wird. Das ist für uns sehr wichtig, denn Ackerland ist knapp. Das führt häufig zu Auseinandersetzungen.“ Eine andere Frau bestätigt: „Wegen der Minen und der Nähe zu den Rebellenlencamps gibt es zu wenig bebaubares Land. In den Schulungen haben wir geübt, friedlich und solidarisch Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Alle sind sich bewusst, dass sie zum Wohl der Gemeinschaft beitragen müssen – aber auch, dass alle einen Platz in der Gemeinschaft haben.“

„Sie haben uns den Mut gegeben, überhaupt zurückzukehren und uns am Aufbau eines friedlichen Senegals zu beteiligen“, resümiert eine der Rückkehrerinnen. „Es gibt nichts Besseres als ein eigenes Zuhause. Auch mittellos geht es uns hier besser als in der Fremde.“

EIN MUSIKVIDEO ÜBER FLUCHT UND RÜCKKEHR

Warum Menschen aus der Casamance fliehen und wieder zurückkehren – darüber singen die Frauen aus Kaguit in einem Video-Clip, den USOFORAL gedreht hat. Das Dorf wurde früher häufig angegriffen, das Gebiet war vermint. Viele Familien flohen nach Guinea-Bissau. Doch dort hatten sie keine Perspektive, lebten auf engstem Raum, die Kinder konnten nicht zur Schule. Nach der Entminierung ihres Dorfes kehrten sie zurück – trotz des Risikos weiterer Kämpfe. Das Musikvideo der Frauen aus Kaguit läuft regelmäßig im senegalesischen Fernsehen, wird aber auch in Guinea und Gambia verbreitet. Der Clip macht auf die Probleme der Menschen in der Casamance aufmerksam und regt Solidarität und Engagement für Frieden an.

Burundi

Herausforderung:
Landkonflikte, Flucht und Rückkehr

Was tut der ZFD?
Friedliches Zusammenleben fördern, Vorurteile abbauen

KEIN LAND FÜR DIE RÜCKKEHRENDEN?

Burundi ist seit seiner Unabhängigkeit 1962 von gewalt-samen Konflikten gezeichnet. Ursachen sind die politische Instabilität im Land und die Gewalt in den Nachbarstaaten. Flucht und Vertreibung in und nach Burundi verstärken gesellschaftliche Konflikte und schüren ethnische Feindbil-der. Ende der 1990er Jahre waren etwa 1,3 Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben oder ins Aus-land geflohen. Dazu kamen zehntausende Geflüchtete aus der Demokratischen Republik Congo. Mit Beginn des Friedensprozesses 2001 kehrten viele Geflüchtete in ihre Heimat zurück. Doch die Rückkehr führt häufig zu Konflikten um Land und natürliche Ressourcen. Das ostafrikanische Land ist dicht besiedelt; fruchtbare Böden sind knapp. Anfang 2015 stürzte Burundi erneut in eine tiefe Krise. Infolge der Gewaltausbrüche verließen hunderttausende Men-schen das Land.

Vor diesem Hintergrund stärkt der Zivile Friedensdienst lokale Friedenskomitees. Sie bringen verfeindete Men-schen zusammen und initiieren den friedlichen Interessen-ausgleich. Oft geht es um Ereignisse im Bürgerkrieg oder um Ansprüche von Rückkehrenden, deren Land seit ihrer Flucht von anderen bewirtschaftet wurde.



Emmanuel Nibayubahe

KONFLIKTE ÖFFENTLICH VERHANDELN

„Bei einem Landkonflikt im Süden des Landes ging es darum, dass ein Mann unbefugt das Land einer Familie nutzte, die vor Unruhen ins Nachbarland geflohen war. Als die Familie zurückkam, weigerte sich der Mann zu-nächst, das Land wieder freizugeben. Das Friedensko-mitee verhandelte den Fall. Es vermittelte öffentlich zwi-schen den Beteiligten. Der Mann erklärte sich schließ-lich bereit, das Land um des Friedens willen zurückzu-geben. Dann erhob sich spontan ein anderer Mann. Er war so beeindruckt von der Verhandlung, dass er an-kündigte, nun ebenfalls unrechtmäßig genutzte Parzel-len an Rückkehrende zurückzugeben.“

Emmanuel Nibayubahe von der ZFD-Partnerorganisa-tion MI-PAREC über die Arbeit der Friedenskomitees in Burundi.

AUS DER ARBEIT DES ZFD: DAS PRINZIP GERECHTIGKEIT

Emmanuel Nibayubahe arbeitet für die ZFD-Partnerorganisation MI-PAREC in Burundi. Über die Arbeit der Friedenskomitees sprach mit ihm Matthias Hoffmeister, ZFD-Fachkraft in Burundi.

Herr Nibayubahe, wie sehen die Friedenskomitees in Burundi aus?

Ein Friedenskomitee hat durchschnittlich zwölf Mitglieder, die alle persönlich von den Folgen des burundischen Bürgerkriegs betroffen sind. Das sind zum Beispiel zurückgekehrte Geflüchtete oder ehemalige Militärs. Die Mitglieder werden in gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Verhandlungs- und Mediationstechnik geschult. Sie erwerben auch Grundwissen in Rechtsfragen, etwa in Familien- und Grundstücksrecht und Bürger- und Menschenrechten.

Nach der Ausbildung vermitteln die Mitglieder der Friedenskomitees eigenständig zwischen Konfliktgruppen. Sie begleiten Versöhnungsprozesse langfristig. Ein Schwerpunkt liegt außerdem auf dem Umgang mit traumatisierten Menschen, die von den Komitees betreut werden. Wichtige lokale Führungspersönlichkeiten werden in Traumaarbeit aus- und fortgebildet. Bislang konnten wir in zwölf Kommunen Friedenskomitees anregen.

Wie sieht die Versöhnungsarbeit der Friedenskomitees aus?

Es geht darum, eine intakte Gemeinschaft zu erhalten oder wiederherzustellen. Wir folgen dabei dem in der Friedensarbeit entstandenen Ansatz der so genannten „wiederherstellenden Gerechtigkeit“. Zunächst bringen Mitglieder der Friedenskomitees Opfer und Täter zusammen. Sie sollen einander die Wahrheit sagen. Damit beginnt die Wiederan-

näherung und gleichzeitig eine konstruktive Beilegung von Konflikten aus Vergangenheit und Gegenwart. Die Gemeinschaft beobachtet, ob sich der Täter verändert hat, ob er tatsächlich bereut und sich heute anders verhält als früher. Bittet der Täter in diesem Ablauf um Verzeihung, kann das Opfer annehmen. Damit erlischt das Recht auf Rache. Wenn das Opfer nicht verzeiht, werden Regeln für ein nachbarschaftliches Zusammenleben vereinbart. Oft einigen sich Täter und Opfer auch auf Reparationen.

Zur Stärkung der Gemeinschaft werden zudem Spargruppen organisiert, gemeinsame Feldarbeit und Kulturveranstaltungen speziell für Jugendliche mit Tänzen, Spielen und Theateraufführungen. Für besonders verwundbare Gruppen gibt es zusätzliche Hilfen. Zum Beispiel werden Häuser für Rückkehrende gebaut.

Welches sind in Anbetracht der starken Migration die größten Herausforderungen für die Friedenskomitees und das Projekt?

Es ist richtig, dass wir im Projektgebiet regelmäßige Flucht- und Rückkehrbewegungen zwischen Burundi und Nachbarländern wie Tansania und Ruanda haben. Verursacht werden sie durch zyklisch wiederkehrende Krisen, die Burundi seit mehreren Jahrzehnten immer wieder erschüttern; rund 200.000 bis 300.000 Menschen aus Burundi sind derzeit auf der Flucht oder in Migration – auch aufgrund der jüngsten Unruhen in Folge der umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2015.

Diese Flucht- und Rückkehrbewegungen, die sich Jahre oder gar Jahrzehnte hinziehen können, spielen vor allem eine Rolle bei der Entstehung von Grund- und Bodenkonflikten. Denn die Zurückkehrenden, oftmals handelt es sich um die zweite Generation, fordern nun ihre Grundstücke zurück, die in der Regel inzwischen von der daheimgeblie-

benen Bevölkerung übernommen und bewirtschaftet werden. Das führt zu zahlreichen, oft schweren Konflikten zwischen Rückkehrenden und Zurückgebliebenen und bedroht den sozialen Zusammenhalt einer ohnehin fragilen Gemeinschaft.

Staatlicherseits wurde mittlerweile die nationale Landrechtskommission CNTB eingerichtet, um die besonders komplexen und juristisch unübersichtlichen Landkonflikte zu bearbeiten. Sie wird allerdings als nicht neutral und legitimiert wahrgenommen. Unter anderem ist ihre Entscheidungsfindung umstritten: Die Grundstücke werden in der Regel den Zurückgekehrten zugesprochen, die „enteigneten“ Daheimgebliebenen nicht entschädigt. Das führt zu neuer Unruhe in der Bevölkerung.

Welche Rolle spielen in dieser Situation die Friedenskomitees?

Die Komitees leisten zum einen humanitäre Nothilfe: So weit es ihre bescheidenen Mittel erlauben, stellen sie den Zurückgekehrten und anderen Migranten in prekären Situationen Unterkünfte, Lebensmittel und Medikamente zur Verfügung und begleiten sie psychosozial.

Zum anderen vermitteln sie bei den bereits beschriebenen Grund- und Bodenkonflikten. Dabei versuchen sie, die Streitigkeiten gütlich zu regeln. Und schließlich treten sie für die Interessen der Menschen ein. Ein Beispiel aus der Provinz Makamba: Hier empfand die örtliche Bevölkerung einige Entscheidungen der nationalen Landrechtskommission als so ungerecht, dass sie die Rückkehrenden mit Lanzen, Macheten und Äxten von den Grundstücken vertreiben wollte. Den Friedenskomitees gelang es, die Provinzregierung und die politischen Entscheidungsträger dazu zu bewegen, die umstrittenen Entscheidungen bis

auf weiteres auszusetzen und ein übergeordnetes Untersuchungsgremium einzusetzen.

Können Sie uns ein Beispiel schildern, in dem die Friedenskomitees einen Fall zur Zufriedenheit beider Parteien lösen konnten?

Dazu fällt mir ein Fall in der Provinz Nyanza Lac ein: Joseph Mpigiyeo und seine Familie hatten das Grundstück von Evariste Nyabenda in Muyange übernommen und bewirtschaftet, nachdem dieser mit seiner Familie ins benachbarte Tansania geflüchtet war. 2015 kam die Familie Nyabenda aus Tansania zurück, wandte sich an Joseph und forderte ihr Grundstück zurück.

Als Joseph sich weigerte, schaltete Evariste die staatliche Landrechtskommission CNTB ein. Sie entschied, dass Joseph – ohne im Gegenzug entschädigt zu werden – das Land an Evariste zurückgeben sollte. Joseph wandte sich völlig verzweifelt an das Friedenskomitee von Nyanza Lac. Auf dessen Initiative hin konnten gemeinsam mit den örtlichen Behörden und einflussreichen Parlamentsabgeordneten der Provinz neue Verhandlungen mit der CNTB aufgenommen werden. Dabei konnte man die CNTB überzeugen, ihre erste Entscheidung zu revidieren und dem Vorschlag des Friedenskomitees zu folgen, das Grundstück zwischen Joseph und Evariste zu teilen.



Ganz offiziell und vor
Publikum: Nach erfolgreicher
Mediation einigen sich die
Konfliktprotagonisten.

Kenia

Herausforderung:
Binnenflucht, ethnische Spannungen

Was tut der ZFD?
Dialog fördern, Rückkehr erleichtern

VERTRIEBENE IM EIGENEN LAND

Landkonflikte sind in Kenia ein großes Problem. Bereits in der Kolonialzeit haben europäische Siedlerinnen und Siedler die Bevölkerung innerhalb des Landes vertrieben, um die Flächen selbst in Besitz zu nehmen. So veränderte sich die „ethnische Landkarte“. Die ethnische Struktur des Landes wurde seit der Unabhängigkeit 1963 durch die Siedlungspolitik kenianischer Regierungen weiter verändert, die oft ethnisch ausgerichtet war und Eliten bevorzugte. Bis heute erheben verschiedene Volksgruppen Anspruch auf Besitz oder Rückgabe bestimmter Gebiete und Ressourcen.

Seit den 90er Jahren kommt es im Umfeld von Wahlen immer wieder zu Vertreibungen bestimmter ethnischer Gruppen. Zuletzt mussten aufgrund politischer Unruhen 2007/2008 mehr als 600.000 Menschen innerhalb Kenias vor der Gewalt fliehen. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen ihr angestammtes Gebiet aufgrund von Klimawandel und Infrastrukturprojekten verlassen müssen. Meist sind es wandernde Viehhirten, die wegen der Dürre am Horn von Afrika ihren Lebensraum verlieren.

Umweltzerstörung und Naturkatastrophen zwingen inzwischen hunderttausende Menschen in der Region zur Flucht.

GEFLÜCHTETE OHNE ANERKENNUNG

Die meisten Binnengeflüchteten haben kaum Zugang zu Land, Grundversorgung und Existenzsicherung. Oft wurden sie in ökologisch gefährdete und wirtschaftlich schwache Regionen vertrieben. In den meisten Aufnahmегemeinden herrschen ebenfalls prekäre Lebensverhältnisse. Das führt zu Spannungen und Konflikten, die sich meist entlang ethnischer Grenzen entzünden und oft in neue Fluchtbewegungen münden. Hinzu kommen Auseinander-

Vielerorts leben die Binnengeflüchteten in improvisierten Zeltlagern.



setzungen zwischen Viehhirten um Weideland und Wasser sowie zwischen sesshaften Bauernfamilien und wandern den Viehhirten, die ihre Tiere auf Ackerland weiden lassen.

Zwar gibt es einige Umsiedlungs- und Kompensationsprogramme der Regierung. Doch sind sie meist unterfinanziert und kommen nur denen zu Gute, die als Geflüchtete in Lagern gelebt haben und damit offiziell als Geflüchtete anerkannt wurden. Alle „integrierten Binnengeflüchteten“ – also jene Geflüchteten, die nie in Lagern gelebt haben – bleiben bis heute von Kompensationen und Siedlungsprogrammen der Regierung ausgeschlossen.

So wie die Bedürfnisse der Binnengeflüchteten nicht berücksichtigt werden, bleiben oft auch die Belange der Aufnahmegemeinden außen vor. Das schürt Rivalität, Feindseligkeiten und Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen von Geflüchteten sowie zwischen ihnen und den Aufnahmegemeinden. Zahlreiche Binnengeflüchtete, die von der Regierung neu angesiedelt worden sind, haben Angst vor erneuter Vertreibung.

AUS DER ARBEIT DES ZFD: „DIE MENSCHEN VERSTEHEN EINANDER BESSER“

ZFD-Fachkräfte fördern gemeinsam mit Partnerorganisationen den Dialog zwischen Geflüchteten, Aufnahmegemeinden und staatlichen Stellen. Seit Mai 2015 gibt es in den Regionen Banita und Majani Mingi regelmäßige „Community Conversations“. Wenige Monate später wurden sie auch in den Regionen Laikipia und Kisumu eingeführt.

Diese Gesprächsrunden werden von trainierten Teams aus der Bevölkerung selbst organisiert. Zunächst wird analysiert, welche Themen den Menschen wichtig sind. Dann kann eine Annäherung beider Seiten stattfinden – erste Schritte auf dem Weg zu Dialog und Versöhnung: „Das hat die Lage zwischen den Binnengeflüchteten und den Men-



Phylis W. Njogu lebt in einem Lager in Banita.

schen aus Banita wirklich verbessert, da sie durch das Projekt zusammengebracht wurden. Jetzt verstehen sie einander besser und es gibt weniger Konflikte“, berichtet Phylis Njogu, die selbst als Geflüchtete in Banita lebt. „Die meisten Leute aus beiden Gruppen reden jetzt miteinander. Sie haben einander erklärt, wie wichtig die Pflanzen und Tieren ihnen sind, und sie versuchen, zu verstehen, wie wichtig es ist, das Eigentum des anderen zu respektieren. Seit Projektbeginn ist das Zusammenleben harmonischer.“

„In Banita gibt es jede Menge Streit um Land“, ergänzt Francis Onyino, der aus Banita stammt, „doch jetzt versuchen beide Seiten, gemeinsam Lösungen zu finden. Es gibt immer noch offene Fragen zum Landproblem und wie

man es am besten regelt, aber zumindest kommen die Leute jetzt zusammen.“

Einige Gemeinden fordern eine Kompensation für das Land, auf dem Geflüchtete angesiedelt werden. Wie in Banita: „Die Leute dort haben immer gedacht, dass die Binnengeflüchteten begünstigt werden, und dass das Land, auf dem diese angesiedelt wurden, eigentlich ihnen gehört“, berichtet Phylis W. Njogu. „Früher gab es Auseinandersetzungen zwischen Viehhirten aus Banita und Binnengeflüchteten, die Ackerland bearbeitet haben. Die Tiere haben die angebauten Pflanzen gefressen. Wurden die Viehhirten gebeten, die Tiere daran zu hindern, antworteten sie, dass das ihr Land sei und sie ihr Vieh da weiden lassen könnten, wo sie wollen.“

Inzwischen haben sich viele Gruppen gebildet, in denen Gemeindemitglieder und Geflüchtete an gemeinsamen Themen arbeiten. Durch die eigenen Initiativen verringert sich das Gefühl von Ohnmacht. Die Lebensumstände bleiben schwierig, aber die Menschen warten nicht mehr tapferlos darauf, dass ihnen der Staat hilft. Sie überlegen, wie sie ihre Probleme selbst angehen können. Das aktive Handeln hilft vielen aus ihrer Apathie. „Ich habe gelernt, dass Menschen oft selbst die Lösung für ihre Probleme finden können“, resümiert Phylis Njogu.

Der ZFD arbeitet in der Region Nakuru und Laikipia mit IDPAC (Internal Displacement Policy und Advocacy Centre) zusammen. Die Organisation vertritt die Interessen von Binnengeflüchteten gegenüber der Regierung und klärt über deren Situation und das Binnengeflüchtetengesetz auf. Die Inhalte dieses Gesetzes kennen meist weder die Bevölkerung noch die lokalen politischen Gremien. IDPAC bringt Vertreterinnen und Vertreter der Geflüchteten mit

regionalen politischen Gremien zusammen. Die Geflüchteten werden intensiv auf diese Treffen vorbereitet, damit sie ihre Anliegen erfolgreich vorbringen können. Die Vertretungen der Geflüchteten und der Aufnahmegemeinde haben ihre Forderungen nun sogar in einem gemeinsamen Brief an die Regierung formuliert. Sie wollen ein Ende der Auseinandersetzungen.

ERINNERUNGEN AN GEWALTERFAHRUNGEN

Viele Binnengeflüchtete leiden unter Erinnerungen an Gewalt bei der Vertreibung, unter ihrer prekären Lage und der unsicheren Zukunft. Der ZFD unterstützt die Organisation Kituo Cha Sheria bei der Arbeit mit diesen Menschen. „Die Trainings des Zivilen Friedensdienstes zu Themen wie Trauma und Erwartungsmanagement haben uns sehr geholfen, mit unserer schwierigen Vergangenheit umzugehen und nicht zu viel von der Regierung zu erwarten, da uns das im Endeffekt selbst schadet“, sagt Esther Namulada Njeri, Vertreterin der Binnengeflüchteten in Naivasha.

„Auch andere Organisationen arbeiten mit Binnengeflüchteten. Aber das Training des ZFD ist wirkungsvoller, weil es uns aktiv mit einbindet,“ betont Joseph Mwaura, integrierter Binnengeflüchteter aus Eldoret. „Dass die Menschen verschiedener Ethnien wieder miteinander reden und in der Lage sind, Spannungen und Konflikte zu lösen, ist hauptsächlich auf die Arbeit des ZFD zurückzuführen. Die ZFD-Fachkräfte haben direkte Treffen der Betroffenen angeregt. Das wird von den Beteiligten sehr geschätzt, denn es bringt viel mehr, als lokale Autoritäten in Hotels einzuladen und zu hoffen, dass sie zu unseren Gunsten entscheiden.“

KITUO CHA SHERIA
LEGAL ADVICE CENTRE
we care for justice

REAL TALK

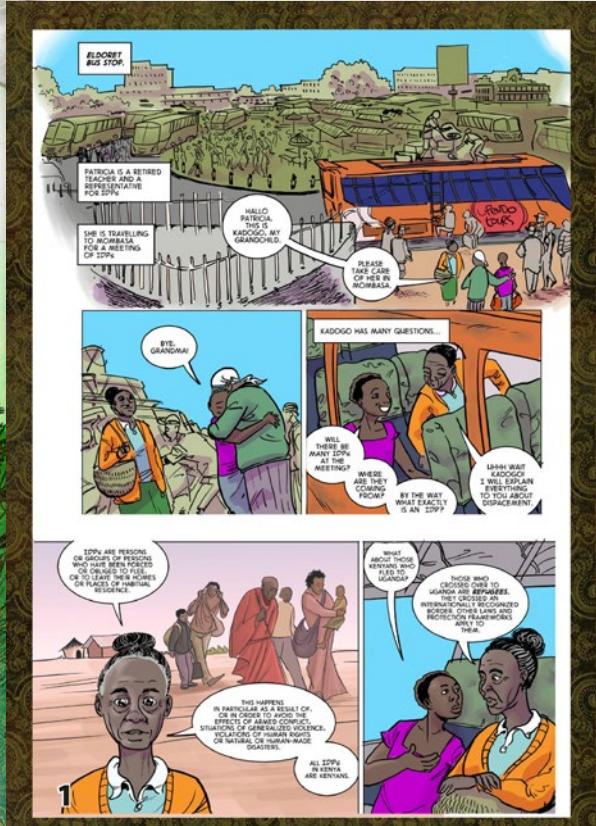
This can happen to anyone of us...

With support from

german cooperation
DEUTSCHE ZUSAMMENARBEIT

giz Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

zfd Ziviler Friedensdienst Civil Peace Service



Ein kenianisches Comic erzählt die Geschichte der Binnenflüchteten Kadogo, die bei einem Workshop für Binnenvertriebene alles über ihre Rechte und die Situation anderer Binnenflüchteter erfährt.

Was können Sie tun?

Zivile Konfliktbearbeitung muss künftig stärker politisch und finanziell gefördert werden. Nur so erreichen wir einen Frieden, der langfristig hält.

WERDEN SIE SELBST AKTIV

Unterstützen Sie uns, indem Sie sich für die Arbeit des ZFD stark machen:

- ⇒ **Informieren Sie sich und andere über den ZFD.**
- ⇒ **Fordern Sie von Politikerinnen und Politikern mehr Unterstützung und mehr Mittel für zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung.**
- ⇒ **Oder arbeiten Sie selbst als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst mit.**

Sie möchten mehr wissen?

Weitere Informationen erhalten Sie auf www.ziviler-friedensdienst.org. Dort können Sie auch unseren E-Mail-Newsletter abonnieren. Sie finden uns auch bei facebook.com/ZivilerFriedensdienst und Twitter (@zfdnews).





EINE SINNVOLLE ALTERNATIVE!

Zivile Konfliktbearbeitung setzt auf langfristige Lösungen, die allen Beteiligten Perspektiven für die Zukunft bieten. In Bezug auf Flucht und Migration ist sie eine wirkungsvolle Alternative zu Abschottung und sicherheitspolitischen Maßnahmen – für die Gesellschaften in den Partnerländern und in Deutschland.

Der Zivile Friedensdienst unterstützt Menschen dabei, friedliche Wege aus Konflikten zu finden. Gemeinsam beugen wir Gewalt vor, damit Menschen nicht gezwungen sind, sich auf den unsicheren und gefährlichen Weg von Flucht und Migration zu begeben. Wenn Menschen dennoch fliehen müssen, unterstützt der ZFD die Beteiligten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln: ZFD-Fachkräfte und ihre Partner leisten psychosoziale Hilfe, schützen Menschenrechte, fördern das Verständnis und das friedliche Zusammenleben zwischen Geflüchteten und einheimischer Bevölkerung und unterstützen Menschen, die in ihre Heimat zurückkehren möchten.

Wir beugen Gewalt vor. Das ist unser Beitrag zu einer friedlicheren Welt.

Kontakt

Martina Rieken

Koordination Öffentlichkeitsarbeit
Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZFD)
Tel. 0228 249 99-18
rieken@ziviler-friedensdienst.org
c/o Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Endenicher Str. 41
D-53115 Bonn

IMPRESSUM**Herausgeber:**

Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZFD)
www.ziviler-friedensdienst.org

Redaktion:

Martina Rieken/Konsortium ZFD;
Wolfgang Wagener/MediaCompany – Agentur für Kommunikation, www.mediacompany.com
Broschüre basiert auf dem Online-Dossier Flucht
des Zivilen Friedensdienstes unter <http://flucht.ziviler-friedensdienst.org>
(Gestaltung und Konzept: entwickeln und gestalten, Berlin)

Gestaltung:

Juan Gonzales und Björn Wiegmann/MediaCompany – Agentur für Kommunikation

Druck:

Brandt GmbH, Bonn
Stand: 31.01.2017

Fotos:

Titel: Hartmut Schwarzbach/argus; S. 4: WFD; S. 5: BMZ; S. 7: GIZ; S. 8: GIZ; S. 11: GIZ;
S. 13: AGEH; S. 14: pbi; S. 15: pbi; S. 16/17: pbi; S. 18: Gerd Engelmann; S. 20: R. Fietzek;
S. 21: GIZ; S. 22: GIZ; S. 23: GIZ; S. 25: Gerd Engelmann; S. 26: EIRENE; S. 28/29: GIZ;
S. 30: GIZ; S. 32: GIZ; S. 34: WFD; S. 36: WFD; S. 39: WFD; S. 40: GIZ; S. 41: GIZ; S. 44/45: GIZ



giz
Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

AGEH
mitmenschens.
Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklungshilfe e.V.

pbi
making space for peace

Brot
für die Welt
Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdiest

wfd.
Weltfriedensdienst e.V.



KURVE Wustrow
Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.



Mit finanzieller Unterstützung durch das
 Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

 Ziviler Friedensdienst